

## Pressemitteilung

Eschwege, den 24.09.2017

### **DIE LINKE ist gegen wiederkehrende Straßenbeiträge**

Die Linke-Fraktion in der Eschweger Stadtverordnetenversammlung ist gegen die Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge. Wir sehen darin die Einführung einer neuen Steuer, die auf große Teile der Bevölkerung zukommt und diese nicht unerheblich belasten wird. Die Linke fordert stattdessen die in 2015 vorgenommene massive Anhebung der Straßenbeitrags-Sätze wieder zurück zu nehmen, damit die Beiträge für den Einzelnen nicht ins Unermessliche steigen.

So gut die Idee auch gemeint ist, Belastungen auf viele Schultern zu verteilen, so ungerecht ist sie:

Durch die Neuregelung werden auch Bürger belastet, die von den Neubaumaßnahmen in keiner Weise profitieren und deren Grundstück keine Wertsteigerung erfahren.

Es werden Bürger in die Beitragspflicht hineingenommen, die ansonsten nicht belastet wären (z.B. Anlieger in Sanierungsgebieten oder Anlieger an Landesstraßen).

Die Abrechnungspraxis der wiederkehrenden Beiträge ist auch für die Politik dann kaum mehr nachprüfbar. Es ist zu befürchten, dass der Grundsatz der Sparsamkeit künftig nicht mehr ausreichend beachtet wird, weil die Kosten auf eine Vielzahl von Betroffenen umgelegt werden.

Es ist mit vielen Klagen gegen die neue Abgabe zu rechnen, ganz besonders, was die Einteilung der vielen Abrechnungsgebiete angeht.

Eschwege wäre dann die erste und einzige Kommune in Hessen, die vom bisherigen Verfahren zu wiederkehrenden Beiträgen wechselt.

Die Einführung und die Verwaltung der neuen Beiträge ist nach Auskunft des Magistrats außerordentlich aufwändig. Alle Grundstücke müssen kompliziert einzeln erfasst werden. Darüber hinaus sind allein für Gutachten mindestens 100.000 EUR erforderlich. Auch die neu geschaffene halbe Stelle kostet der Stadt viel Geld. Alle diese Kosten dürfen nicht in die Straßenbeiträge eingerechnet werden und belasten den Städtischen Haushalt zusätzlich.

Es wird einen Wettbewerb in der Bevölkerung geben, wessen Straße zuerst instandgesetzt wird. Das trägt ebenfalls nicht zu einer Kostenminderung bei.

Durch die wiederkehrenden Beiträge werden nicht die Anschlusskosten abgedeckt. Für diese wird es auch künftig Einzelabrechnungen geben.

Mit der von uns geforderten Senkung der bisherigen Straßenbeiträge auf die Werte die bis 2015 galten, wären die Beiträge für die Anlieger künftiger Maßnahmen auch wieder finanzierbar. Dass in dem Langenhainer Weg bei dem einen oder anderen Anlieger Beiträge von über 10.000 EUR angefallen sind, wäre so zu vermeiden gewesen.

Auch muss berücksichtigt werden, dass die Anliegerbeiträge im Langenhainer Weg auch deshalb so hoch ausgefallen sind, weil die Grundstücke jeweils eine lange Straßenfront haben. Bei der nächsten anstehenden Maßnahme „Langemarckstraße“ sind die jeweiligen Straßenfronten deutlich kleiner und deshalb die zu erwartenden Beiträge für den Einzelnen auch deutlich niedriger.

In der bisherigen Berichterstattung wird von einer einstimmigen Entscheidung der Ausschüsse geschrieben. Tatsächlich hat Die Linke jedoch kein Stimmrecht in den Ausschüssen und wird daher nicht mit gezählt. Die Entscheidung über die Straßenbeiträge treffen jedoch letztlich die Stadtverordneten in eigener Zuständigkeit. Das Vorhaben kann noch gestoppt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Gassmann  
DIE LINKE